

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil II: Wirtschaft

Christoph Noebel

4.8 Kapitalismus: Eine praxisnahe Definition

Nachdem wesentliche Charakteristika und Schwachstellen des Systems der freien Marktwirtschaft untersucht worden sind, widmen wir uns einem Begriff, der in der vorhergegangenen Analyse kaum eine Rolle spielte: der *Kapitalismus*. Während des kalten Kriegs genoss das Konzept viel Aufmerksamkeit und gewann nach den Finanzkrisen von 2008 und 2010 wieder an medialer und öffentlicher Bedeutung. In Europa weckt das Schlagwort des Kapitalismus deutlich negative Assoziationen und vermittelt den Eindruck, sämtliche Fehlentwicklungen der Wirtschaft seien auf ihn zurückzuführen. Um dieses Urteil auszuwerten, stellt sich zunächst die Frage, was unter diesem populären Begriff zu verstehen ist. In welchem Verhältnis steht er zur liberalen Marktwirtschaft? Dadurch, dass die Bezeichnung des Kapitalismus eine Vielzahl an Deutungsvarianten zulässt, leidet sie an Unschärfe und Beliebigkeit. Folglich mag das Argument, Probleme und Missstände der Wirtschaft dem Kapitalismus zuzuschreiben, von akademischem Interesse sein, für realitätsorientierte Debatten ist sie dagegen kaum geeignet. Daher schlagen wir im Folgenden eine knappe, praxisnahe und zeitgemäße Definition des Kapitalismus vor. Ausgerüstet mit diesem Modell soll aufgezeigt werden, dass sich Aspekte des Kapitalismus und der Marktwirtschaft überschneiden können, sie sich jedoch konzeptionell unterscheiden. Generell leistet die Auseinandersetzung mit Ursachen des *Marktversagens* einen aussagekräftigeren und konstruktiveren Beitrag zur Ergründung vieler Wirtschaftsprobleme als der pauschale Verweis auf den Kapitalismus. Außerdem lassen sich alternative Unternehmensmodelle nennen, die sich trotz ihrer nichtkapitalistischen Strukturen in der freien Marktwirtschaft behaupten.

Mit Büchern über den Kapitalismus werden Bibliotheken gefüllt, doch im Fahrwasser der Finanzkrisen haben sich Autoren erneut ins Zeug gelegt. Folglich beschreibt die Politikerin Sahra Wagenknecht (2013) wirtschaftsbezogene Missstände, die sie dem Kapitalismus zuschreibt, sie verzichtet jedoch auf jegliche Definition dessen, was sie darunter versteht. Ihr späterer Bestseller „Reichtum ohne Gier“ (2016) enthält dagegen eine kontroverse Begriffsbestimmung, auf die wir in der folgenden Analyse eingehen werden. Vergleichbar fordert der ehemalige Journalist Roger de Weck (2009) einen *anderen* Kapitalismus, doch auch er verweigert eine Beschreibung, wie die ursprüngliche Variante zu deuten sei und die neue auszusehen habe. Der Journalist Jakob Augstein (2013) geht einen Schritt weiter. Er verlangt politische Handlung in Form von Sabotage, um den Kapitalismus an der Zerstörung der Demokratie zu hindern. In ähnlicher Weise bezeichnet der Verleger Hannes Hofbauer (2014) die Diktatur des Kapitals als Ursache für den Verlust an Souveränität im postdemokratischen Zeitalter, sieht also die Kommerzialisierung der Gesellschaft als kennzeichnendes Produkt des Kapitalismus. Die Historikerin Ute Frevert (2019) wirft zwar die Frage nach der Moral des Kapitalismus und freier Märkte auf, doch sie vermeidet eine klare Formulierung dessen, was unter Kapitalismus zu verstehen ist und wie sich sein Verhältnis zum freien Marktsystem einordnen lässt. Der amerikanische Geograph David Harvey (2011) wird dagegen etwas konkreter und beschreibt den Kapitalismus als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um die *Zirkulation des Kapitals* durch die ununterbrochene Produktion und Vermarktung von Gütern im Hinblick auf das Gebot der Gewinnmaximierung aufrechtzuerhalten. Auch seine Analyse

verweigert einen Vergleich des Kapitalismus mit dem System der freien Marktwirtschaft und dessen Schwächen. Das Problem dieser Schriftwerke liegt nicht darin, die vermeintlichen Auswirkungen des Kapitalismus zu beschreiben, sondern im Unwillen oder der Unfähigkeit ihrer Autoren, eine verständliche Deutung des Konzepts vorzulegen. Wie kann über den Kapitalismus geurteilt, geschweige denn das Wirtschaftssystem verbessert werden, wenn bereits zu Beginn des Diskurses kein Versuch unternommen wird, den Begriff zu klären und einzuordnen.

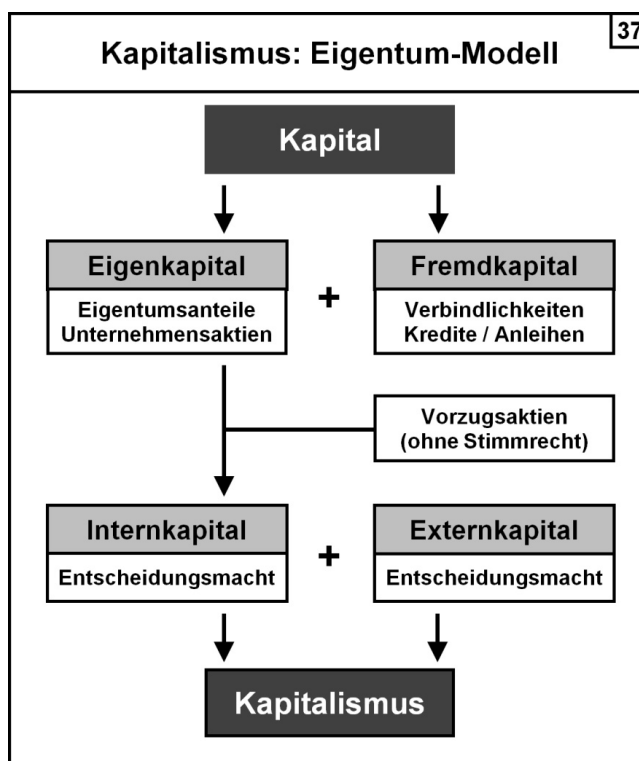
Natürlich lassen sich Publikationen nennen, die einen differenzierteren Blick auf das Konzept des Kapitalismus werfen. Dazu zählt beispielsweise die Analyse der Journalistin Ulrike Herrmann (2013). Obwohl sie den Kapitalismus nach dem Muster linker Kommentatoren als ein allumfassendes und statisches System versteht, das unweigerlich zu düsteren Zukunftsvisionen verleitet, ist sie im Gegensatz zu den oben genannten Autoren bereit, sich von gängigen und vagen Kapitalismuskonzeptionen abzugrenzen. Daher zeigt sie populäre *Irrtümer* auf, indem sie nicht nur den Kapitalismus von der freien Marktwirtschaft unterscheidet, sondern auch die Ausprägung des Kapitals insofern begrenzt, als die Kreditvergabe im 19. Jahrhundert keine entscheidende Rolle spielte. Auch das bereits genannte Werk von Sahra Wagenknecht (2016) lässt sich als Versuch einer Definition des Kapitalismus deuten. Sie vertritt die Position, die aktuellen Probleme der Wirtschaft seien primär auf die Schwäche des Wettbewerbs und die Macht einiger Großunternehmen zurückzuführen [K4.6.6]. Monopolistische Strukturen, gepaart mit der Instabilität des Finanzwesens, dienen Wagenknecht als Grundlage für ihre Definition des Kapitalismus und dessen verachtende Bezeichnung als *Schurkenwirtschaft*.

Ulrike Herrmanns Studie bezieht sich überwiegend auf die Beschreibung historischer Entwicklungen. Im Gegensatz dazu wird auf den folgenden Seiten ein anderer Weg eingeschlagen, um eine überschaubare Definition des Kapitalismus zu entwerfen, die in ihrer Knappheit ausschließlich als zweckmäßiges Diskussions- und Arbeitsgerüst dienen soll. Daher wird keine ausführliche Analyse der existierenden Theorien des Kapitalismus durchgeführt, sondern gleich eine praxisnahe Begriffsklärung vorgestellt. Der Unwille vieler Kommentatoren, sich einer präzisen Definition zu bedienen, beruht womöglich auf zwei Faktoren. Da der Begriff des Kapitalismus Gefühle des Unbehagens auslöst, gewinnt er durch seine Unschärfe und die Aura des Mysteriums an zusätzlicher Wirkung. Zweitens neigen akademische Diskurse dazu, sich mit Komplexität zu schmücken, um dadurch dem emotionalen Eindruck der Unüberwindbarkeit und Ohnmacht mehr Gewicht zu verleihen. Eine einfache Begriffsklärung würde womöglich die ernsthafte Bedrohung durch den Kapitalismus bagatellisieren. Der folgende Vorschlag einer Definition soll daher belegen, dass eine übersichtliche Begriffsdeutung möglich ist und als Grundlage für kritische, realpolitische und lösungsorientierte Debatten von Nutzen sein kann.

Obwohl der Kapitalismus theoretisch auf das 16. Jahrhundert und die unmenschliche Praxis der Sklaverei zurückzuführen ist, erscheint es angebracht, sich für eine zeitgemäße Analyse dieses Konzepts an den Urvater Karl Marx zu wenden und sich mit seinem Begriff der *Diktatur des Kapitals* unter heutigen Maßstäben zu beschäftigen. Zuerst sei jedoch der Anarchist Pierre-Joseph Proudhon erwähnt, der mit seiner Kritik am Kapital und besonders mit seiner These „Eigentum ist Diebstahl“ den jüngeren Marx beeinflusste und somit einen wesentlichen Aspekt dessen späterer Theorie vorwegnahm. Der Kapitalismus bezieht sich folglich nicht auf den plumpen Vorwurf, Gewinne machen zu wollen [K4.4], sondern auf deren Entstehung und Verteilung zum *Wohl der Eigentümer*.

Neben *Arbeit* zählt das *Kapital* zu den zwei wesentlichen Faktoren, die jedes Unternehmen benötigt, um produktionsfähig zu sein. Da Investitionen für den Aufbau und Entwicklung einer Firma notwendig sind, handelt es sich beim Kapital explizit um Geld-

mittel und die damit verbundenen Ansprüche der Geldgeber. Die Bereitstellung des Kapitals und das damit verknüpfte Risiko stellt somit kein Problem dar, sondern die *Diktatur*, die damit einhergehen kann. Als alternativer Wortgebrauch zur Diktatur dienen Begriffe wie *Herrschaft*, *Macht*, *Primat* oder *Vorrangstellung*. Als praktisch anwendbare Alternative soll hier zusätzlich die Bezeichnung der *Entscheidungshoheit* eingeführt werden. Sie weist explizit darauf hin, dass es sich bei der Rolle des Kapitals nicht nur um Geldwerte handelt, sondern um die dahinter stehende *Machtposition* des Geldgebers. Im Diagramm 37 präsentieren wir daher eine Definition des Kapitalismus mit einem Modell, das sich am Grad der Entscheidungshoheit *heutiger* Formen des Kapitals ausrichtet. Es entspricht einer zeitgemäßen und praxisnahen Interpretation des ursprünglichen Grundgedankens der Diktatur des Kapitals.



Die modernen Finanzmittel des Kapitals lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Wenn eine Firma Verbindlichkeiten oder Schulden in Form von Krediten oder Unternehmensanleihen aufnimmt, handelt es sich um das sogenannte *Fremdkapital*. Die wichtigsten Merkmale dieser Finanzierungsform bestehen darin, dass Schulden zeitlich befristet sind, ein festgesetzter Zins inklusive Risikoprämie gezahlt und den Gläubigern *kein Mitspracherecht* in der Führung des Unternehmens zugesprochen wird. Zum Fremdkapital zählen etwa auch langfristige Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung. Im Gegensatz dazu lässt sich das *Eigenkapital* vereinfacht als den Kapitalanteil einer Firma definieren, der sich im Besitz der *Eigentümer* befindet. So ist das Eigenkapital mit dem Nettovermögen des Unternehmens gleichzusetzen und ergibt sich aus dem Gesamtvermögen abzüglich des Fremdkapitals. Eigentümer werden auch als *Aktionäre* bezeichnet, da sie *Unternehmensanteile* oder entsprechende *Aktien* besitzen. Das Eigenkapital weist daher zwei wichtige Merkmale auf: Erstens besteht die Entlohnung für das Risiko aus variablen Gewinnausschüttungen, also der Zahlung von Dividenden, die anders als bei Krediten nicht festgelegt sind. Zusätzlich erwartet der Aktionär einen Gewinn aus der anteiligen Wertsteigerung des Nettovermögens. Je gewinnträchtiger die Firma wirtschaftet, desto höher steigen ihr Wert und Aktienkurse.

Im Vergleich zum Kreditgeber besitzt der Eigentümer einen bedeutsamen Vorteil, denn ihm wird in der Regel ein *Mitspracherecht* in der Führung des Unternehmens eingeräumt. Eine Ausnahme bildet die Vorzugsaktie, deren Besitzer meist mit einer höheren Dividende entschädigt wird. Die Form des Eigenkapitals weist ein weiteres Merkmal auf, das für eine Begriffsanalyse des Kapitalismus von Bedeutung ist. Sollte der Eigentümer gleichzeitig die Firma leiten, ließe dieser Sachverhalt eine eigene Kategorie des Kapitalismus zu. Auf Grund des Einsatzes seiner eigenen Geldmittel, die als *Internkapital* zu bezeichnen sind, bietet sich für den Eigentümer die Bezeichnung des *Interninvestors* oder *Internaktionärs* an. Diese Kategorisierung trifft weitgehend auf kleine und mittelständige Familienunternehmen zu, in denen 100% der Eigentumsanteile in den Händen des *firmennahen* Unternehmers und persönlicher Partner liegen. Die zweite Variante des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Sachverhalt, dass sich Anteilsscheine eines Unternehmens in Händen *firmenfremder* Personen oder Institutionen befinden. In diesem Fall sind Aktien auf externe Anleger verteilt und werden in der Regel an Börsen gehandelt. Hier muss auf den Unterschied zwischen dem *Streubesitz* vieler Kleinanleger und den erheblichen Aktienpaketen international agierender Großinvestoren hingewiesen werden. Da der Begriff des Fremdkapitals bereits belegt ist, erscheint es sinnvoll, firmenunabhängige Finanzierungsinstitutionen und Geldgeber als *Externinvestoren* oder *Externaktionäre* zu bezeichnen und deren Finanzanlagen als *Externkapital*.

Aus der Beschreibung des im Diagramm 37 dargestellten *Eigentum-Modells* ergibt sich ein wesentlicher Aspekt unserer unorthodoxen Begriffsbestimmung des Kapitalismus. Das Fremdkapital in Form von Krediten und Anleihen sowie die Vorzugsaktien, lassen sich aus der Definition herausnehmen. Schließlich handelt es sich bei diesen Finanzierungsmöglichkeiten um Formen des Kapitals, über die der Besitzer kein Mitspracherecht im Unternehmen verfügt. Wie Ulrike Herrmann argumentiert, spielte zu Zeiten Karl Marx das Fremdkapital kaum eine Rolle, sodass sich die damalige Finanzierung fast ausschließlich aus Töpfen des Eigenkapitals speiste, wobei das private Vermögen der Interninvestoren ursprünglich den Ton angab. Obwohl Aktienbörsen im 19. Jahrhundert bereits existierten, ist der Kapitalismus heute weitaus mehr vom Aktienhandel sowie von Anlagefonds und Investoren des Wagniskapitals geprägt, also in höherem Maße den Motiven der Externinvestoren ausgesetzt. Ausgestattet mit den Machtbefugnissen des Eigentümers entsprechen diese Investitionsquellen der *Diktatur des Kapitals*. Diesbezüglich sei nebenbei erwähnt, dass nach Angaben des Journalisten und Biographen Francis Wheen (2000) Karl Marx an der Londoner Börse als Externaktionär spekulierte und dabei im Gegensatz zu seinem Freund Friedrich Engels kläglich scheiterte.

Der Unterschied zwischen Intern- und Externaktionären ist von Bedeutung, wenn den Fragen nachgegangen wird, wie und mit welchen Ansprüchen der Eigentümer auf die Firmenstrategien der modernen Privatunternehmen einwirkt. In der Skizze der *sozialen Gewinnmaximierung* wurde bereits argumentiert, dass soziales Verhalten durchaus in privaten Unternehmen vorkommen kann, es jedoch an externe und interne Rahmenbedingungen geknüpft ist [K4.4.3]. In der heutigen Wirtschaftswelt spielt deshalb der institutionelle Externinvestor eine zwiespältige Rolle. Sollte sein Hauptanliegen in einer schnellen Maximierung des Aktienwerts oder *Shareholder Value* liegen, kann er je nach Größenordnung mit seinem Stimmrecht Einfluss auf die Firmenpolitik ausüben. Da er meist weder mit der Geschichte und Kultur des Unternehmens verbunden, noch mit den täglichen Entscheidungsprozessen konfrontiert ist, überrascht es nicht, dass sich der Externaktionär in der Regel weniger um ethische Belange und eine nachhaltige Planung kümmert als der Eigentümer, der seine eigene Firma betreibt. Beide Eigentümertypen haben ein Interesse daran, den Wert des Unternehmens zu steigern, um aus ihrer Investition einen Kapitalgewinn zu erzielen. Im Gegensatz zum Internaktionär ist das Verhalten des externen Anlegers jedoch häufig von *kurzfristigem Strategiedenken* geprägt.

Erwähnenswert sind diesbezüglich die sogenannten *Heuschrecken*, ein Begriff, der 2004 vom sozialdemokratischen Politiker Franz Müntefering geprägt wurde und damals primär den *Private Equity Funds* galt. Obwohl derartige Fonds vielen Startups und Unternehmen interessante Finanzierungsquellen bieten, besteht ihr Ziel häufig darin, größere Aktienpakete mit Entscheidungsmehrheiten von meist mittelständigen Unternehmen aufzukaufen, um sie zu sanieren und einem schnellen Gewinn zu verkaufen. Hier darf nicht vergessen werden, dass eine vermeintliche Heuschrecke nur dann eine Firma übernehmen kann, wenn deren Aktionäre der Übernahme zustimmen. Meist geschieht dies auf Grund großzügiger Angebote des Firmenkäufers, die dem Verkäufer, sei er der Klein- oder Großaktionär, überdurchschnittliche Gewinne einbringen. Für beide Seiten spielen daher die Schicksale der Arbeitnehmer, Kunden und Zulieferanten kaum eine Rolle. Derartige Handlungsweisen mögen zwar nicht der Regel entsprechen, sie stellen dennoch Verhaltensmuster dar, die ethische Fragen aufwerfen. Wie bereits beschrieben, bietet das Erwirtschaften von Profiten eine unternehmerische Grundvoraussetzung, und zwar unabhängig des Wirtschaftssystems. Die Exzesse raubritterlicher Verfahrensweisen verdienen dagegen mit dem negativ konnotierten Begriff des Kapitalismus bezeichnet zu werden. Trotz Missstände und gelegentlicher Skandale erscheint das Argument medialer Kommentatoren, die deutsche Marktwirtschaft mit ihren 3,6 Millionen registrierten Unternehmen in 2021 befände sich in einer permanenten *Kapitalismuskrise*, deutlich überzogen. Wie die Analyse der letzten Finanzkrisen zeigte [K4.7], spielen diesbezüglich die direkt beteiligten Unternehmen zwar eine hauptverantwortliche Rolle, ihr Verhalten wird jedoch von den staatlichen Architekten der Wirtschaftspolitik geprägt, zu denen auch Franz Müntefering gehörte.

Im Versuch, den Kapitalismus zu deuten, stellt sich die Frage, ob dieses Konzept dem Ökonomen Thomas Piketty (2013) und vielen Kommentatoren zufolge auf jede Form der Vermögensbildung zutrifft. Nach unserer Definition ist diese Generalisierung unzutreffend, da kapitalistische Verhaltensmuster nur dann möglich sind, wenn die Wertpapiieranlagen mit unternehmerischem Mitspracherecht versehen sind. Personen, die eine Wohnung erwerben, Kunst kaufen, für ihre Altersvorsorge sparen oder in Staatsanleihen investieren, mögen ein privates Kapitalpolster aufbauen, sie zählen jedoch im gängigen Sprachgebrauch nicht zur Gruppe der Kapitalisten. Bei einem Kauf von Staatsanleihen handelt es sich um die Finanzierung öffentlicher Ausgaben, die teilweise für Zwecke genutzt werden, um den beschriebenen Problemen des Marktversagens und kapitalistischen Exzessen entgegenzuwirken. Investieren Personen dagegen in börsengehandelte Aktien, treten sie als Aktionäre auf und können durch ihren Einfluss auf die Unternehmenspolitik als Kapitalisten bezeichnet werden.

Zusammenfassend lautet die These des vorgeschlagenen Modells, dass sich das Konzept des Kapitalismus ausschließlich auf die *Eigentums- und Unternehmensstrukturen* privat geführter Firmen bezieht. Die Bezeichnung der *absoluten Entscheidungshoheit des Eigenkapitals durch ihre Eigentümer* entspricht daher einer knappen, aber praktischen Arbeitsdefinition. Je nach Eigentümerstruktur, bestimmt durch die Nähe zum operativen Geschäft, ergeben sich unterschiedliche Motive hinsichtlich der Gewinnmaximierung. Obwohl besonders von firmenfremden Großaktionären erwartet wird, sich an kurzfristigen Anlagestrategien zu orientieren, schließt unser *integratives Wirtschaftsmodell* keineswegs die Möglichkeit aus, dass Aktionäre und Großanleger auch ethische Motive mit einer nachhaltigen Anlagepolitik verfolgen [K4.3]. Nicht nur die zunehmende Ausrichtung deutscher Unternehmen an den ESG-Kriterien *Environment, Social* und *Governance* [K4.4.3], sondern auch die Einrichtung des entsprechenden ESG-Index zur Entwicklung eines *grünen Dax* an der Frankfurter Börse und die Praxis des *Impact Investing* belegen, dass sich kapitalistische Eigentumsstrukturen mit Konzepten sozialer Verantwortung vereinbaren lassen. Unser Kapitalismusmodell besagt außerdem, dass die Kreditwirt-

schaft des Fremdkapitals eine untergeordnete Rolle spielt. Sie mag die Spielregeln einer Firma beeinflussen, es ist jedoch das Eigenkapital mit dem Recht auf Mitsprache, das direkt an deren Spielzügen beteiligt ist.

Ein wesentlicher Aspekt, der sowohl von Pierre-Joseph Proudhon als auch von Karl Marx hervorgehoben wurde, bezieht sich auf die ungleiche Verteilung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Diesbezüglich bot der japanische Ökonom Michio Morishima (1976) eine beeindruckend knappe Formulierung des Kapitalismus. Basierend auf dem bereits genannten Sachverhalt, dass weder staatsgelenkte Planwirtschaften noch die private Marktwirtschaft ohne Gewinnstreben nachhaltig funktionieren können, erklärte Morishima den Unterschied zwischen beiden Systemen dadurch, dass im Kapitalismus dem Kapital im Verhältnis zur Arbeit ein überproportional hoher *Preis* zusteht. Im 19. Jahrhundert, als Marx seine soziologischen Studien verfasste, entsprach der Preis für Arbeit keineswegs dem *Mehrwert* der Produktion, sodass exzessive Gewinne den Kapitalgebern zugutekamen. Die damaligen Fabrikarbeiter wurden unmenschlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt, mit niedrigen Löhnen gedemütigt und dem Prozess der *Entfremdung* durch die Entwicklung der Arbeitsteilung unterworfen. Das Konzept der Entfremdung, das nicht nur Marx, sondern auch den französischen Soziologen Émile Durkheim beschäftigte, bedeutet im weitesten Sinn die Angst vor *Kontrollverlust*, ferngesteuert und den Gefühlen der *Ohnmacht* ausgesetzt zu sein. Die Diskrepanz der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit entspricht vereinfacht der marxistischen Grundthese einer *Diktatur* des Kapitals. Unabhängig davon, wie Arbeitnehmer heute behandelt werden, spiegelt sich dieser Ansatz in unserem zeitgemäßen Eigentum-Modell wieder.

Obwohl die heutigen Arbeitsbedingungen in Deutschland kaum denen des *Manchester Kapitalismus* im 19. Jahrhundert entsprechen, ist in einigen Wirtschaftsbereichen weiterhin eine Ausbeutung des Menschen zugunsten des Kapitals zu beobachten. Zweifellos haben der technologische Fortschritt, die Abkehr von unmenschlicher Fließbandarbeit und politische Reformen zu einer starken Abnahme der Entfremdung durch Arbeit beigetragen. Die Reformen gehen weitgehend auf das Engagement der zivilgesellschaftlichen Arbeiterproteste, ihrer damals gegründeten Parteien und den Gewerkschaften zurück. Eine kapitaldominierte Unternehmensführung mag heutzutage zwar weniger brutal gegen die Arbeiterschaft vorgehen als vor 150 Jahren, die Zunahme der Leih- und Zeitarbeit, Werkverträge, Outsourcing sowie die Gebaren skrupelloser Finanzfonds und *Corporate Raiders* verweisen jedoch darauf, dass auch im 21. Jahrhundert menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse zum Wirtschaftsalltag gehören. Insgesamt verschlimmert sich die Lage auf internationaler Ebene, denn die Produktionsweisen vieler Firmen mit Sitz im Ausland ähneln denen des ehemaligen Manchester Kapitalismus.

Zur Kritik am Kapitalismus zählt die marxistische These, menschliche Arbeit hätte sich durch die Arbeitsteilung zu einer *Ware* entwickelt, sodass Angestelltenverhältnisse eine *Abhängigkeit* vom Kapital bedeuten und daher zu Entfremdung führen. Diese Beschreibung lässt sich in einer liberalen Marktwirtschaft durchaus vertreten, sie trifft jedoch auf alle Abhängigkeitsverhältnisse im Bereich der Erwerbsarbeit zu. So *verkauft* nicht nur der Auszubildende und Facharbeiter eines privaten Unternehmens, sondern auch jeder Angestellte im Mediensektor, Bildungsbereich und Beamte im Staatssektor seine *Leistung* [K4.6.7]. Wie Franz Kafka literarisch beschrieb, tritt das Phänomen arbeitsbezogener Entfremdung nicht nur im Kapitalismus auf, sondern auch in staatlichen Bürokratien und öffentlichen Einrichtungen. Zum Beispiel sind im Bereich wissenschaftlicher Forschung und Lehre die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen zum Teil derart ausbeuterisch, dass an Hochschulen, vergleichbar mit Missständen in der Privatwirtschaft, von prekären Verhältnissen gesprochen wird.

Trotz der damals rußgeschwärzten Städte bezog sich Karl Marx in seiner Kritik kaum auf die von Unternehmen verursachten Schäden für Natur und Umwelt. Aus heutiger Sicht scheinen die Auswirkungen der exzessiven Nutzung fossiler Energieträger auf die Umwelt die der prekären Arbeitsverhältnisse zu übertreffen. Als Ursache der aktuellen Umweltverschmutzung und des Klimawandels lässt sich zum Teil die Machtposition des Eigenkapitals der Unternehmen heranziehen, denn dessen Wert steigt solange die Produktionskraft wächst. Das Ziel eines permanenten Wachstumskurses, der besonders von externen Aktionären gefordert wird, bedeutet oft einen überhöhten Nutzen nicht-erneuerbarer Rohstoffe und die Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Dennoch sind entsprechende Erklärungsversuche mit Hinweisen auf den Kapitalismus zu simpel. Eine facettenreichere Analyse, die sich an Verhaltensmustern der Produzenten, Konsumenten und der Politik ausrichtet, fällt in den Forschungsbereich des *Marktversagens*. Die Probleme *externer Effekte* [K4.6.9] und *sozialer Dilemmas* [K4.6.10] spielen hier eine besonders kritische Rolle. Generell beruhen die Ursachen für Umweltschäden nicht nur auf den Spielzügen privater Unternehmen, sondern auch auf den Spielregeln des freien Marktsystems, dem Verhalten der Verbraucher und der Umweltpolitik des Staates. Das Argument, Umweltverschmutzung und Klimawandel seien ausschließlich auf das Privateigentum und den Kapitalismus zurückzuführen, verhindert nicht nur eine vielschichtige Ursachenforschung, sondern auch zielführende Debatten in öffentlichen Foren. Darüber hinaus sei erwähnt, dass alternative Wirtschaftsmodelle der Vergangenheit keine besseren Bilanzen aufwiesen. Auch die ehemaligen Systeme sozialistischer und staatsgelenkter Planwirtschaften sind dem damaligen Zeitgeist der Ignoranz und Verdrängung auf Kosten der Umwelt zum Opfer gefallen.

Die vorgestellte Arbeitsdefinition des Kapitalismus wirft nun eine wichtige Frage auf: Inwiefern grenzt sich der Kapitalismus vom Konzept der freien Marktwirtschaft ab? Lassen sich Argumente nennen, die auf Grundlage eines Ausschlussverfahrens dazu führen, den Begriff des Kapitalismus von dem der liberalen Marktwirtschaft und dessen angegliederten Wirtschaftskonzepten zu trennen? Um diese Fragen zu beantworten, bietet sich die vom Philosophen Karl Popper entwickelte Methode wissenschaftlicher Beweisführung an. Ihr zufolge darf einer These nur dann Allgemeingültigkeit zugesprochen werden, wenn sie nicht durch Gegenargumente oder Ausnahmen zu widerlegen ist. Angewandt auf eine zeitgemäße Begriffsklärung des Kapitalismus erlaubt diese Verfahrensweise das Hinterfragen populärer Deutungsansätze. Um diese Vorgehensweise zu veranschaulichen, sollen folgende Fragen aufgegriffen werden: Welche Rolle spielt der Kapitalismus im Verhältnis zum Konsum und Wettbewerb? Welchen Sinn ergibt der Begriff des Finanzkapitalismus hinsichtlich des eng gefassten Eigentum-Modells? In welchem Maße ist der Kapitalismus ein Treiber sozialer Ungerechtigkeit? Lässt sich der Kapitalismus pauschal mit der freien Marktwirtschaft gleichsetzen? Ist die liberale Demokratie ein Bestandteil des Kapitalismus? Stellt der Kapitalismus ein allumfassendes Gesellschaftssystem dar?

Beginnen wir mit dem Aspekt des Konsums, der gemeinsam mit der Güterproduktion für jedes Wirtschaftssystem zwei Seiten einer Medaille darstellt. In Kapitalismusdebatten wird gewöhnlich auf die vermeintlich allgegenwärtige Macht des Kapitals verwiesen, die den Verbraucher ausnahmslos zur Marionette der Kapitalinteressen degradiert. Zweifellos werden heutzutage Verbraucher durch Werbung und den gesellschaftlichen Druck von Trends und Moden zugunsten der Unternehmer beeinflusst. Dennoch ist zu bezweifeln, ob es sich bei der Entfremdung des Verbrauchers um ein allgemeingültiges Phänomen handelt [K4.9]. Der Anstieg ethischer und ökologischer Verhaltensmuster des Verbrauchers belegt, dass Widerstand gegen kapitalistische und umweltfeindliche Auswüchse in der freien Marktwirtschaft existiert. Daher lässt sich die These, der unmündi-

ge und vom Kapital ferngesteuerte Konsument entspräche einer Marionette, nicht verallgemeinern. Wenn sich Verbraucher den kommerziellen Konsumangeboten widersetzen können, ist die generelle Behauptung irreführend, ihr Verhalten entspräche bedingungslos einem Bestandteil des Kapitalismus. Gesellschaftlich schädlicher Konsum findet statt, hierzu bietet jedoch der Forschungsbereich des Marktversagens eine breitere Palette an Erklärungsmöglichkeiten als der vage Hinweis auf die Abhängigkeiten vom Kapital.

Ein entscheidender Aspekt der freien Marktwirtschaft besteht darin, dass sie einen ungehinderten Zugang von neuen Unternehmensgründern zulässt. Folglich wird dem *Wettbewerb* eine zentrale Rolle in diesem Wirtschaftssystem eingeräumt [K4.5]. Inwieweit stellt jedoch der Wettbewerb einen integralen Bestandteil des Kapitalismus dar? Da sich unsere Definition des Kapitalismus ausschließlich auf die Eigentümerstruktur privater Unternehmen bezieht, schließt sie den Wettbewerb als wesentliches Element des Kapitalismus aus. Karl Marx verknüpfte dagegen Kapital und Wettbewerb, denn er leitete vom destruktiven Konkurrenzkampf seine Prognose einer baldigen Selbstzerstörung des Kapitalismus ab. Trotz diverser Verwerfungen und Wirtschaftskrisen während der letzten 150 Jahre ist seine Vorhersage nicht eingetroffen. Trennt man die Konzepte des Wettbewerbs und Kapitalismus, ist dennoch die Frage berechtigt, ob nicht der Wettbewerb des freien Marktsystems ein größeres Problem als der Kapitalismus darstellt. In unserer bisherigen Analyse haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass der Wettbewerb egoistisches Verhalten herbeiführt und somit unabhängig von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zu Formen des Marktversagens beiträgt. Vor diesem Hintergrund ist es aufschlussreich, dass linke Kommentatoren wie Sahra Wagenknecht (2016) mehr Wettbewerb fordern, um die Macht einiger Großunternehmen zu bändigen. Obwohl monopolistische Strukturen durchaus ein Marktproblem darstellen können [K4.6.4], bleibt die Frage unbeantwortet, ob mehr Wettbewerb tatsächlich zu mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit führt. Mit ihrem Plädoyer für härtere Konkurrenz zur Bekämpfung des Kapitalismus bestätigt sie implizit, dass sich die Konzepte des Wettbewerbs und Kapitalismus trennen lassen. Aus dieser konzeptionellen Differenzierung folgt, dass wenn Wettbewerb in einer freien Marktwirtschaft Probleme aufwirft, diese nicht unbedingt dem Kapitalismus zuzuordnen sind.

Spätestens seit den letzten Finanzkrisen wird verbreitet vom *Turbokapitalismus* der Finanzmärkte und vom entsprechenden *Finanzkapitalismus* gesprochen. Reduziert man die Definition des Kapitalismus durch das finanzbezogene Eigentum-Modell, schließt sie zunächst die Kredit- und Anleihemärkte als wesentliche Faktoren aus. Da sich das vorgeschlagene Konzept ausschließlich auf die Firmenfinanzierung über den Besitz von Aktien und Firmenanteilen beschränkt, folgt daraus, dass es diejenigen Aspekte des Finanzwesens ausklammert, die sich auf andere Bereiche des Kapitalmarkthandels beziehen. Folglich mag der Handel mit Anleihen, Rohstoffen und Derivaten zu Verzerrungen führen und staatliche Korrekturen benötigen [K4.6.11]. Dabei handelt es sich jedoch um Aktivitäten an Börsen, die nicht mit den Funktionen und Verhaltensweisen produzierender Unternehmen zu verwechseln sind. Wer sich ernsthaft mit Verwerfungen und Missständen durch den börsennotierten Handel befassen möchte, sollte sich an den verschiedenen Merkmalen des Marktversagens orientieren, zu denen insbesondere der konkurrenzbedingte Spieltrieb und irrationales Herdenverhalten zählen. Das diffuse Konzept des Kapitalismus trägt daher kaum zum Verständnis der Fehlentwicklungen im Bereich der Finanzmärkte bei und erschwert die Ausarbeitung entsprechender Reformen. Abgesehen davon sei zu bemerken, dass wenn sich das Konzept des Kapitalismus dem Eigentum-Modell zufolge ausschließlich auf die Rolle des Finanzkapitals und seiner Machtstellung innerhalb privater Unternehmen bezieht, das Schlagwort des Finanzkapitalismus eine Tautologie darstellt und seine Sinnhaftigkeit verliert.

Das Konzept des Kapitalismus wird weitläufig mit dem Konzept *ökonomischer Ungleichheit* in Verbindung gebracht. Diese Kritik ist aus mehreren Gründen berechtigt. Erstens herrschen ungleiche Verhältnisse in der Entlohnung von Arbeit, die zum Teil auf unsoziales Verhalten der Unternehmen zurückzuführen sind [K4.6.7]. Zweitens erwirtschaften Unternehmen Profite [K4.4.3], die, auch wenn sie sozialen Kriterien unterliegen, primär an die Anteilseigner verteilt werden. Der Kapitalismus wirft also nicht nur Fragen der Bedingungen auf, unter denen Unternehmen Gewinne erwirtschaften, sondern auch wie gerecht sie ausgeschüttet werden. Drittens zeigten wir im Kontext des Wirtschaftswachstums, dass sich das durch Eigentum geprägte Vermögen durch Kapitalanlagen und Neuinvestitionen kontinuierlich vergrößern lässt [K3.6.2]. Trotz der Besteuerung von Einkommen und Unternehmensgewinnen zählt das Eigentum-Modell des Kapitalismus zu den wesentlichen Ursachen für die Ausbreitung der Vermögensschere. Unter dem Konzept einer *ökonomischen Sozialethik* werden wir das Thema der Verteilungsgerechtigkeit erneut aufgreifen [K4.10.2]. Dieser Themenbereich befasst sich mit dem Argument, dass die freie Marktwirtschaft systembedingt und weitgehend unabhängig vom Kapitalismus ökonomische Ungleichheit verursacht. Entsprechende Korrekturen erfordern daher staatliche Maßnahmen zugunsten einer finanziellen Umverteilung und zur Ausweitung der Chancengleichheit, die sich im Konzept der *sozialen Marktwirtschaft* niederschlagen.

Wie bereits angedeutet, stellt sich die Frage, ob der Kapitalismus dem Wirtschaftssystem der freien Marktwirtschaft gleichkommt. Diesbezüglich beschreibt der Ökonom Giacomo Corneo (2014) den Kapitalismus als die Verbindung aus *Privateigentum* und Märkten. Auf Grund einer kritischen Disposition zum Kapitalismus setzt er seine Definition als Ausgangsposition ein, um daraus als theoretisches Gedankenspiel abweichende Wirtschaftssysteme vorzustellen und zu analysieren. Die Historikerin Ute Frevert (2019) scheint auf ähnliche Weise den Kapitalismus als ein übergeordnetes Konzept der freien Privatwirtschaft zu deuten, die auf den Merkmalen der Eigentumsrechte, Gewinnorientierung und Wettbewerb in freien Märkten beruht. Sie kritisiert den Kapitalismus und die Gewinnmaximierung aus moralischer Sicht und belegt dies mit Verweisen auf extreme Marktsegmente wie Partnerbörsen, Prostitution, Samenbanken oder den privilegierten Kauf von Visen und Pässen. Das Heranziehen exotischer Märkte mag zwar fragwürdige und amoralische Wirtschaftspraktiken beschreiben, es reicht jedoch nicht aus, um ausnahmslos eine Gleichbedeutung der Marktwirtschaft und des Kapitalismus herzuleiten.

Obwohl in angelsächsischen Ländern die Begriffe des Kapitalismus und der liberalen Marktwirtschaft meist gleichbedeutend interpretiert werden, trifft dies in Europa weniger zu. Ursprünglich ging die Gleichbehandlung auf das politische Motiv zurück, die freie Marktwirtschaft aus ideologischen Gründen von der Planwirtschaft im Kommunismus abzugrenzen. Während des kalten Krieges wurde somit der Begriff des Kapitalismus von den westlichen und marktorientierten Regierungen als ideologisches Gegenmodell zum realen Sozialismus instrumentalisiert. Trotz des Wandels der sozialistischen Planwirtschaften hin zu Formen freier Marktsysteme sprechen heute noch Kommentatoren vom Kapitalismus, wenn sie eigentlich die freie Marktwirtschaft meinen. Während der Begriff des Kapitalismus im angelsächsischen Raum weitgehend ohne Werturteil genutzt wird, ist er in Europa negativ belastet und bleibt überwiegend akademischen Kommentatoren vorbehalten. Um diesem Vorurteil zu begegnen und für mehr Klarheit zu schaffen, erlaubt das Eigentum-Modell, den Kapitalismus als einen *ingeschränkten Bestandteil* der freien Marktwirtschaft zu bezeichnen. Während Ute Frevert den Kapitalismus als Grundvoraussetzung für die Marktwirtschaft versteht, besagt unser Modell das Gegenteil: Der Kapitalismus kann zwar nur in einer freien Marktwirtschaft gedeihen, umgekehrt stellt der Kapitalismus *keine* hinreichende Bedingung für die freie Marktwirtschaft

dar. Schließlich sind unzählige Entscheidungen und Rahmenbedingungen in freien Märkten unabhängig von den Ausprägungen unternehmerischer Eigentumsstrukturen, sodass die aufgezeigten Probleme des Marktversagens nur begrenzt auf unternehmerische Eigentumsrechte zurückzuführen sind. Außerdem lässt das System der Privatwirtschaft alternative Unternehmensformen mit *nichtkapitalistischen Entscheidungsstrukturen* zu. Wie später genauer erörtert, können sich derartige Unternehmensformen trotz Wettbewerb und Konkurrenzdruck in der freien Marktwirtschaft behaupten. Folglich verfügt das System der freien Marktwirtschaft über die Flexibilität, mit diversen Unternehmensmodellen nicht auf private Eigentumsverhältnisse angewiesen zu sein.

Neben wirtschaftlichen Aspekten wird in akademischen Kreisen oft das Staatssystem der repräsentativen Demokratie als Bestandteil des Kapitalismus bezeichnet. Den Publizisten Martin Birkner (2014) und Hannes Hofbauer (2014) oder dem Germanisten Joseph Vogl (2015) zufolge sind die Interessen des Kapitals so mächtig, dass sie de facto als politische Entscheidungsträger auftreten und der Staat nur eine Statistenrolle einnimmt. Der Sachverhalt gegenseitiger Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staat und Wirtschaft ist bereits aufgezeigt worden [K1.2.3], er lässt sich jedoch kaum als Souveränitätsverlust der Politik durch den Kapitalismus deuten. Demzufolge stellt sich die Frage, warum das demokratische Staatssystem und ihre politischen Akteure Gesetze verabschieden, die sowohl kapitalistischen als auch antikapitalistischen Interessen dienen. Wie kann ein politisch liberales Staatssystem als Marionette des Kapitals bezeichnet werden, wenn es den Bürgern ermöglicht, aktiv dem Kapitalismus entgegenzutreten, indem es etwa antikapitalistische Proteste und nichtkapitalistische Formen der Produktion zulässt?

Es ist berechtigt, auf Verknüpfungen zwischen Staat und Kapitalismus hinzuweisen, denn die Merkmale des aktuellen Wirtschaftssystems, definiert durch das Recht auf Privateigentum, werden vom Staat legitimiert. Es ist im deutschen Grundgesetz verankert und spiegelt sich daher in politischen Positionen und Entscheidungen wieder. Da sich die Legitimation des Kapitalismus aus den Gesetzmäßigkeiten der demokratischen Staatsordnung ergibt, erscheint es unlogisch, das Argument umzudrehen und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Rolle einer übergeordneten Politikinstanz einzuräumen, die dem Staat seine Hoheitsgewalt aberkennt. Wenn der Staat auf Grund seiner existenziellen Wechselbeziehung zur Wirtschaft aus eigenen Motiven heraus den Kapitalismus legitimiert, erscheint es fragwürdig, diesen Akt als staatlichen Souveränitätsverlust zu bezeichnen. Wie unsere Ausführung zum Konzept der *Systemverantwortung* [K2.2.6] zeigte, obliegt es ausschließlich dem Staat, die Grundlagen der Wirtschaftsordnung festzulegen. Daher kann die im deutschen Grundgesetz verankerte Regelung, materielle Wertschöpfung primär dem privaten Wirtschaftssystem zuzuordnen, zwar kritisiert werden, sie lässt sich jedoch nicht als einen *Verlust* demokratischer Entscheidungsfähigkeit deuten.

Abschließend stellt sich die Frage, ob der Kapitalismus, wie häufig angenommen, ein komplettes und allumfassendes Gesellschaftssystem darstellt. Diesbezüglich sei exemplarisch die Ausstellung der Bonner Bundeskunsthalle im Jahr 2020 unter dem Titel „Wir Kapitalisten“ erwähnt. Darin wird nicht nur die These vertreten, dass wir alle Kapitalisten sind, sondern dass der Kapitalismus über ein ökonomisches System hinaus eine vollkommene Gesellschaftsordnung beschreibt, „die unser Denken, Fühlen und Dasein seit Jahrhunderten prägt“. Eine derart ganzheitliche Perspektive mag Künstlern ein breites Spielfeld bieten, sie verleitet jedoch zu einer inflationären Anwendung des Begriffs des Kapitalismus, wodurch er zu einer leeren Phrase verkommt. Sollten wir alle Kapitalisten sein, wie lässt sich dieser Zustand nicht nur mit den Benachteiligten des Systems

vereinbaren, sondern auch mit den Kritikern, die innerhalb der freien Marktwirtschaft realistische Reformen und alternative Strukturen anstreben?

Den Kapitalismus anhand des Eigentum-Modells als Teilaspekt der freien Marktwirtschaft zu definieren, wirft die Frage auf, ob eine kapitalistisch geprägte Firmengestaltung, basierend auf der Entscheidungshoheit des Privateigentums, eine notwendige Bedingung für das liberale Wirtschaftssystem darstellt. Lassen sich umgekehrt Unternehmensformen nennen, die sich *nicht* an der Vormachtstellung des Eigentums orientieren und dennoch im System der freien Marktwirtschaft existieren können? Da die Antwort bejaht werden muss, ergibt sich ein weiterer Grund, die Konzepte des Kapitalismus und der liberalen Marktwirtschaft zu trennen. Bevor wir auf dieses Argument genauer eingehen, sei zuerst auf den Umstand verwiesen, dass Unternehmen unserem integrativen Modell der Gewinnmaximierung entsprechend ethische und immaterielle Wertvorstellungen in ihre Entscheidungsprozesse einbeziehen können [K4.4.3]. Für Privatunternehmen mit sozialer Firmenpolitik erscheint es daher angemessen, sie der positiver konnotierten Kategorie eines *sozialen Kapitalismus* zuzuordnen. Darüber hinaus beobachten wir alternative Unternehmensstrukturen, in denen die privaten Eigentümer keine oder nur eine sehr geringe Rolle als Entscheidungsträger spielen und daher nicht in die vorgeschlagene Definition des Kapitalismus passen. Um diesen Sachverhalt zu verdeutlichen, werden wir im Folgenden alternative Unternehmensformen aufführen, aus denen sich ein differenziertes Wirtschaftsmodell ableiten lässt. Es grenzt sich insofern vom strikten Kapitalismusmodell ab, als es sich weg vom Eigentümer und hin zum *Stakeholder* als Entscheidungsträger ausrichtet.

Als erste Alternative zur kapitalistischen Eigentümerstruktur sei die auf *Kooperation* ausgerichtete Unternehmensform der *Genossenschaft* genannt. Zu den Gründern dieser Idee zählte der Brite Robert Owen und in Deutschland Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Hinsichtlich unseres Kapitalismusmodells weist die deutsche Genossenschaft ein spezielles Merkmal auf. Anders als in der Aktiengesellschaft sind alle Mitglieder meist mit jeweils einer Stimme vertreten, so dass Entscheidungen nicht nach der prozentualen Stimmverteilung der Eigentümer getroffen werden. Trotz einiger Ausnahmen beruhen Genossenschaften auf einem eingeschränkten Stimmrecht, das den Machtanspruch der kapitalstarken Mitglieder eingrenzen soll. Insgesamt wäre es unangebracht, die Genossenschaft als eine vollkommen antikapitalistische Unternehmensform zu bezeichnen, da das Eigentum immer noch der Entscheidungsbefähigung dient. Sie lässt sich jedoch durch die egalitäre Struktur der Mitbestimmung und ihren Anspruch auf zivilgesellschaftliches Engagement als eine Variante des *sozialen Kapitalismus* bezeichnen.

Im Vergleich zur Genossenschaft bieten Modelle der *Arbeiterselbstverwaltung* interessante Beispiele einer *egalitären* und daher *nichtkapitalistischen* Unternehmensstruktur. Dabei handelt es sich um eine kooperativ ausgerichtete Unternehmensart, die im ehemaligen Jugoslawien zur gängigen Produktionsform zählte. Eine moderne Prägung dieses kollektiven Modells bietet die englische *Partnership*, deren bekanntestes Beispiel die britische Firma John Lewis Partnership darstellt. Mit circa 80.000 Angestellten, die als *Partner* bezeichnet werden, betreibt das Unternehmen nicht nur Kaufhäuser, sondern hält auch einen erheblichen Marktanteil an Supermärkten in Großbritannien. Basierend auf der Stiftung des Firmengründers John Spedan Lewis beruht das Unternehmen auf einer einzigartig dezentralen und demokratisch ausgerichteten Entscheidungsstruktur aus Räten und einem von den Partnern gewählten Vorstand. Diese Struktur erlaubt jedem Arbeitnehmer mittels seines Stimmrechts aktiv an der Entwicklung und dem Erfolg der Firma teilzuhaben. Das Partnerschaftsmodell grenzt sich insofern von unserer Definition des Kapitalismus ab, als die Partner keine Eigentümer sind und dennoch von der Ausschüttung der Gewinne profitieren. Das Unternehmen verfügt über eine Verfassung,

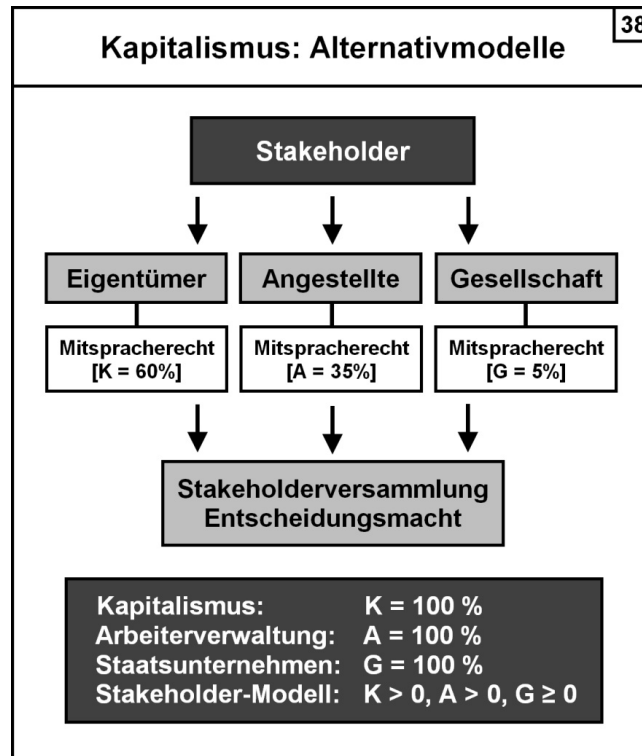
in der explizit die Zielsetzung festgelegt ist, dem „Glück ihrer Mitglieder“ zu dienen. Dieses Firmenziel kann nur erfüllt werden, wenn alle Partner ihrer Arbeit mit Freude und Zufriedenheit nachgehen und sich das Unternehmen in der freien Marktwirtschaft erfolgreich behaupten kann. Da sich das Kapital aus dem ursprünglichen Stiftungsvermögen und den erwirtschafteten Rücklagen speist und jeder Arbeitnehmer ohne eigene Investition an wichtigen Entscheidungen mitwirkt, handelt es sich auf Grundlage unserer Definition *nicht* um eine Unternehmensform des Kapitalismus. Schließlich liegt in diesem Modell die Entscheidungshoheit nicht beim Kapital, sondern bei der Arbeit. Angenommen, dieses Firmenmodell entspräche der Norm, hätten wir dann nicht eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus? Obwohl es sich um eine hypothetische Frage handelt, bietet die John Lewis Partnership einen Beleg dafür, dass nichtkapitalistische Unternehmen im Wettbewerb der freien Märkte überleben können und somit das liberale Marktsystem unserer These entsprechend nicht auf den Kapitalismus angewiesen ist.

In der Beschreibung der John Lewis Partnership wurde erwähnt, dass der rechtliche Rahmen dieses Unternehmens einer Stiftung bedurfte. Ungewöhnlich in diesem Fall ist die Tatsache, dass sich die Stiftung dem Ziel verschreibt, ausschließlich dem Wohl der Angestellten zu dienen. Unternehmerische *Stiftungsmodelle* sind auch in Deutschland verbreitet, wobei die Gründer meist das Ziel vorgeben, die Führung des Unternehmens von den Eignern zu trennen und einen Teil der Gewinne sozialen Projekten zukommen zu lassen. Zu den bekannten Beispielen Deutschlands zählt die Robert Bosch GmbH, die Fresenius Medical Care SE & Co oder die Thyssenkrupp AG. Das besondere Merkmal dieser Unternehmensform liegt darin, dass ihre Abhängigkeit von den Kapitalmärkten verhältnismäßig gering ausfällt und die Stiftungseigner kein Mitspracherecht in der Führung des Unternehmens genießen. Daraus lässt sich die allgemeine Schlussfolgerung ziehen, je größer der Eigentumsanteil einer Stiftung, desto weniger kapitalistisch gestaltet sich die Form des Unternehmens.

Zu den Eigentumsstrukturen, die generell nicht unter die klassische Kategorie des Kapitalismus fallen, zählen *Staatsunternehmen*, die sich in öffentlicher Hand befinden. Da Eigentumsverhältnisse und die oberste Entscheidungsmacht nun auf den Staat zutreffen, wird abseits der zentral geführten Planwirtschaft dieses Unternehmensmodell gelegentlich als *Staatskapitalismus* bezeichnet. Demzufolge handelt es sich etwa bei der Deutschen Bahn oder Deutschen Bundesbank um öffentliche Institutionen, die zwar volkswirtschaftliche Motive verfolgen, aber insofern privatwirtschaftliche Züge annehmen, als sie sich auf kommerzielle Weise gewinnstrebend positionieren. Auch kommunale Betriebe und Stadtwerke in den Bereichen der Müllabfuhr, Energieerzeugung oder Wasserversorgung sind öffentliche Unternehmen, die nach kommerziellen Kriterien arbeiten, sodass ihre Gewinne in die öffentlichen Kassen fließen. Darüber hinaus gibt es staatliche Beteiligungen an teilweise privaten Firmen. Zu den deutschen Großunternehmen mit staatlichen Unternehmensanteilen zählen in erster Linie die Firmen Volkswagen, Fraport, RWE, die Commerzbank und Deutsche Telekom.

Nach der Beschreibung alternativer Unternehmensformen in Abgrenzung zur klassischen Privatfirma stellt sich die Frage, ob weitere Unternehmensstrukturen entwickelt werden könnten, um die Entscheidungsprozesse demokratischer zu gestalten, ohne dabei auf die freie Marktwirtschaft zu verzichten. Die aufgeführte Auswahl der Unternehmensmodelle zeigte, dass unorthodoxe Strukturen im freien Marktsystem durchaus überlebensfähig sind. Das Diagramm 38 bietet daher eine Zusammenfassung der wesentlichen Charakteristika, aus denen die unterschiedlichen Formen kapitalistischer, arbeitnehmerkollektiver und staatlicher Unternehmensstrukturen hervorgehen. Da jede der drei Varianten eine Extremform darstellt, präsentieren wir als theoretisches Gedankenspiel ein *alternatives Mischkonzept* mit kapitalistischen Zügen, das sich als *Stake-*

holder-Modell bezeichnen lässt. Es beruht auf der aktiven Mitbestimmung unterschiedlicher Beteiligter an kritischen Entscheidungen des Unternehmens. Dazu zählen die Investoren, Angestellten und gegebenenfalls Vertreter gesellschaftlicher Interessen. Mit diesem Modell ließe sich eine Reform des Kapitalismus unter der Voraussetzung formulieren, dass politische Instanzen bereit und fähig wären, das Mitspracherecht der Externinvestoren zu begrenzen.



Der Journalist Roger De Weck forderte in seinem Plädoyer für einen *anderen Kapitalismus* die Umsetzung des Grundsatzes „Eigentum verpflichtet“. Er wagte jedoch weder eine Definition des Kapitalismus, noch einen Vorschlag, wie diese Maxime in der Praxis durchzuführen sei. Aus unserem Eigentum-Modell ergeben sich dagegen Ideen zur Einschränkung der Entscheidungsmacht des Eigentums zugunsten gesellschaftlicher Teilhabe und des Gemeinwohls. Der Grundgedanke einer politischen Unternehmensreform läge demzufolge darin, die *Parität zwischen Mitspracherecht und Eigentumsanteil* aufzulösen. Schließlich heißt es im deutschen Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Diese Formulierung bietet genug Spielraum für Interpretationen, sodass Einschränkungen der absoluten Entscheidungshoheit der Eigentümer als Möglichkeit nicht auszuschließen sind. Ein entsprechendes Kapitalismusmodell würde dem Externaktionär ein reduziertes Mitspracherecht einräumen, ihm also nur einen begrenzten Stimmenanteil gewähren. Dieser Prozentsatz lässt sich beliebig bestimmen, zur Veranschaulichung soll er auf 60% pro Aktie gesetzt werden. Um die Analyse zu vereinfachen, ignorieren wir zunächst die im Diagramm 38 mit 5% zugeordnete Teilhabe gesellschaftspolitischer Interessensvertreter, sodass die restlichen Stimmanteile von 40% den Angestellten des Unternehmens zufallen. Die direkte Mitsprache der Arbeitnehmer könnte über eine eigene Rätestruktur oder die repräsentative Beteiligung der Betriebsräte wahrgenommen werden. Eine Ausweitung des Stimmrechtes der Arbeitnehmer durch die entsprechende Einschränkung der Externaktionären ist nicht vollkommen abwegig, denn auch Besitzer von Vorzugsaktien verfügen nicht über ein Mitspracherecht. Da die Arbeitnehmer in diesem Modell keine Eigentümer wären, bliebe den Aktionären ihr Anteil der Gewinnausschüttung weiterhin vorbehalten. Die Auszahlung der Dividenden an die Anteilseigner würde

jedoch begrenzt, denn ähnlich wie im Falle der John Lewis Partnership träten die Angestellten als Entscheidungsträger auf und könnten über die Höhe von Gewinnbeteiligungen und Boni mitbestimmen. Da dieses alternative Kapitalismuskonzept nur für das externe Kapital gilt, würde es auf ein mittelständiges Familienunternehmen, das von den Inhabern geleitet wird, nicht zutreffen. Diese Ausnahme ist auf die Hypothese zurückzuführen, dass firmennahe Eigentümer langfristig nachhaltiger dem Interesse ihrer Mitarbeiter und dem Wohle der Allgemeinheit dienen, als auswärtige Investoren. Juristische Probleme und politischer Widerstand könnten eine Umsetzung des hier präsentierten Modells erschweren. Dennoch liegt sein Vorteil darin, mit Hilfe einer relativ einfachen Strukturmaßnahme dem Motiv eines humanen Wirtschaftens näher zu kommen und somit auch das allgemeine Vertrauen in börsennotierte Firmen zu stärken.

Wie im Diagramm 38 aufgezeigt, lässt sich das Stakeholder-Modell beliebig dadurch ausweiten, dass es ein anteiliges Mitspracherecht für gesellschaftspolitische Interessensvertreter ermöglicht. Dieser Aspekt ist mit dem Konzept des *Bundesaktionärs* vergleichbar, den Giacomo Corneo neben der Staatsbeteiligung an Unternehmen als Variante eines Marktsozialismus vorschlägt. Hierbei handelt es sich um Investmentfonds, die sich treuhänderisch dem Gemeinwohl verpflichten, gleichzeitig aber unabhängig von tagespolitischen Interessen der jeweiligen Regierung handeln. Ein aktuelles Beispiel für dieses Modell bietet der Norwegische Staats- oder Pensionsfond, der unabhängig agiert und sich verpflichtet, ausschließlich ethische Investitionen an den Kapitalmärkten zu betreiben. Obwohl das Konzept des Staatsaktionärs immer noch auf Eigentum beruht und daher nach unserer Definition vielmehr dem Begriff des sozialen Kapitalismus zuzuordnen ist, zeichnet es sich dadurch aus, dass die gesellschaftspolitischen Anliegen der sozialen Gerechtigkeit und Ökologie explizit berücksichtigt werden und in die Entscheidungsprozesse der Firmen einfließen. Die gesellschaftlichen Interessensvertreter unseres Stakeholder-Modells grenzen sich somit insofern von den gemeinwohlorientierten Investmentfonds eines Marktsozialismus ab, als sie nicht als Aktionäre auftreten. Sie beteiligen sich als externe Entscheidungsträger, die bei zentralen Weichenstellungen der Unternehmen mitwirken. Natürlich bietet dieser Ansatz keine radikale Revolution zur Abschaffung des Kapitalismus, sondern lediglich ein alternatives Modell, das mehr Mitsprache, Teilhabe und Menschenfreundlichkeit der Wirtschaft ermöglicht. Grundsätzlich lässt es sich auch auf Unternehmensformen in staatlichem Besitz oder öffentlicher Beteiligung und Genossenschaften anwenden. Sowohl der teilstaatliche Volkswagenkonzern als auch der genossenschaftlich organisierte Schlachthof Westfleisch sind bereits durch Missstände und Skandale aufgefallen, sodass ein breiteres Mitspracherecht der Arbeitnehmer womöglich einen höheren Grad an Kontrolle böte. Grundsätzlich sei jedoch betont, dass von dem Vorschlag des Stakeholder-Modells nicht zu erwarten ist, sämtliche Probleme der Marktwirtschaft zu lösen, da die wesentlichen Ursachen des Marktversagens nur bedingt auf die Eigentumsverhältnisse der Unternehmen zurückzuführen sind.

Im Vergleich zur klassischen Kapitalismuskritik basiert das Konzept einer Erweiterung der gesellschaftspolitischen Mitsprache in Unternehmen auf dem Grundvertrauen, dass soziale Veränderung schrittweise möglich ist, wenn Menschen und Institutionen sich an der Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft beteiligen. Abgesehen von den Aufgaben des Staates, sich um ethisch ausgerichtetes Unternehmensverhalten zu kümmern, muss neben institutionellen Interessensvertretern auch der Bürger als Konsument, Anleger, Arbeitnehmer, Manager und als politisch aktiver Mensch einen Beitrag dazu leisten. Diese Forderung wirft Fragen der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten mit zivilgesellschaftlicher Teilhabe am Wirtschaftsleben auf, ein Thema, das später genauer untersucht werden soll [K6.1]. Fragen der individuellen Mitgestaltung sind von großer Bedeutung, denn sie betreffen nicht nur menschliches Verhalten im Kapitalis-

mus, sondern auch Ansätze alternativer Wirtschaftssysteme, die sich im Gegensatz zu den Marktgrundlagen des Eigentums und Wettbewerbs an den gemeinschaftlichen Konzepten der Kooperation und Selbstverwaltung orientieren [K4.10.3].

Das vorgeschlagene Modell des Kapitalismus und die Beschreibung alternativer Unternehmensmodelle sollen primär zur Erweiterung der Kapitalismusdebatten beitragen, die sich realisierbaren Reformideen verschreiben. Diesbezüglich sei erwähnt, dass sich der Ansatz eines reformierten und sozialen Kapitalismus deutlich von der klassischen Position des Marxismus abgrenzt. Karl Marx beschäftigte sich zwar mit den Entwicklungen der frühen Sozialdemokraten, den Begehren der Pariser Kommune oder den sozialen Vorstellungen des Reformunternehmers Robert Owen, er verwarf sie jedoch als vereinzelte Anekdoten. Da er von der nahenden Revolution der Arbeiterschaft überzeugt war, betrachtete er sämtliche Reformbewegungen, soziale Errungenschaften und alternative Unternehmensformen kritisch und wertete sie als kurzlebige und wirkungslose Bestrebungen ab. Diesbezüglich unterlag er zwei wesentlichen Irrtümern. Erstens unterschätzte er die Reformkräfte der Zivilgesellschaft und demokratischen Institutionen. Veränderungen und Korrekturen der Mängel des freien Marktsystems finden auch heute noch auf evolutionärer Basis statt, sodass Forderungen eines revolutionären Systemwandels weitgehend in den Bereich romantischer Zukunftsvisionen fallen. Zweitens waren die revolutionären Umwälzungen der Vergangenheit, etwa in Russland und China, keineswegs so vorteilhaft für die arbeitende Bevölkerung, wie es sich Karl Marx vorstellte.

Abschließend stellt sich noch einmal die Frage, warum unsere Kapitalismusdefinition für den öffentlichen Diskurs von Bedeutung sein kann. Grundsätzlich erscheint es unzureichend, Fälle des Versagens in der Wirtschaft allein dem Konzept des Kapitalismus zuzuordnen. Monokausale Begründungen für Missstände in der Wirtschaft genügen nicht, denn in der Regel bedarf es mehrerer und differenzierterer Erklärungsansätze. Generell spielt der Wettbewerb mit seinen Schattenseiten eine ebenso wichtige Rolle wie die Form der Unternehmensstruktur. Ernsthaftige Wirtschaftsprobleme sind wahrscheinlich deutlich mehr auf die Verhaltensmuster des Eigennutzes und sozialer Verantwortungslosigkeit der Markt- und Staatsakteure als dem Kapitalismus zurückzuführen. Derartige Aspekte einer Ursachenforschung erfordern Wissen und Kompetenzen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Da diese Kenntnisse oft fehlen, verstecken sich Kritiker lieber hinter dem vagen Begriff des Kapitalismus, anstatt einzugestehen, dass Missstände im Wirtschaftssystem weitgehend durch *intrinsic Schwächen* der freien Marktwirtschaft und *politisches Scheitern* verursacht werden. Wenn sich Wirtschaftskritiker ausschließlich auf das diffuse Schlagwort des Kapitalismus beziehen, führt diese Argumentation dazu, marktspezifische Probleme zu verschleiern und dadurch gegebenenfalls angemessene Korrekturmaßnahmen der Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik zu verhindern. Daher wäre es zielführender, wenn sich kritische Wirtschaftsdebatten an den verschiedenen Ursachen des Marktversagens ausrichten, denn die drängenden Probleme der Umweltschäden und ökonomischer Ungleichheit lassen sich im Vergleich zum breiten Spektrum defekter Marktprozesse nur bedingt auf die Eigentümerstrukturen des Kapitalismus zurückführen.

Literatur

Augstein, Jakob (2013): „Sabotage: Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen“, Carl Hanser Verlag, 2013

Birkner, Martin (2014): „Lob des Kommunismus 2.0““, mandelbaum kritik & utopie, 2014

- Corneo, Giacomo (2014): „Bessere Welt – Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme“, Goldegg Verlag, 2014
- De Weck, Roger (2009): „Nach der Krise – Gibt es einen anderen Kapitalismus?“, Nagel & Kimche, 2009
- Frevert, Ute (2019): „Kapitalismus, Märkte und Moral“, Residenz Verlag, 2019
- Harvey, David (2011): “The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism“, deutsche Ausgabe „Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln: Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden“, VSA, 2014
- Herrmann, Ulrike (2013): „Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam – Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen“, Westend Verlag, 2013
- Hofbauer, Hannes (2014): „Die Diktatur des Kapitals – Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“, Promedia, 2014
- Morishima, Michio (1976): “The Economic Theory of Modern Society“, Cambridge University Press, 1976
- Piketty, Thomas (2013): „Le Capital au XXI^e siècle“; deutsche Fassung: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, Verlag C.H.Beck, 2014
- Vogel, Joseph (2015): „Der Souveränitätseffekt“, Diaphnes Verlag, 2015
- Wagenknecht, Sahra (2013): „Kapitalismus was tun? Schriften zur Krise“, Verlag Das Neue Berlin, 2013
- Wagenknecht, Sahra (2016): „Reichtum ohne Gier: Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“, Campus Verlag, 2016
- When, Francis (2000): „Karl Marx“, HarperCollins Publishers, 2000